

Die Große Koalition – eine Ökobilanz



Der Autor
Olaf Bandt ist der Direktor Politik & Kommunikation in der Bundesgeschäftsstelle des BUND.

Vorweg: Es war eine ungleiche Koalition, die sich da 2005 zusammensetzte. Die CDU/CSU war in zentralen Fragen der Umwelt- und Naturschutzpolitik eher als Anti-Umweltpartei in den Wahlkampf gezogen. Man wollte den Ausbau der erneuerbaren Energie stoppen, den Atomausstieg bremsen und die grüne Gentechnik fördern. Im Naturschutz hatten manche Wahlkämpfer der CDU den unschuldigen und bedrohten Feldhamster

zum Erzfeind der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes erklärt. Und die beginnende Klimakatastrophe war in den Denkstuben der CDU/CSU noch nicht wirklich angekommen.

Die SPD mit Umweltminister Gabriel dagegen machte sich die Umweltpolitik von Beginn an zu eigen. Man wollte – und hat – eine eigene Linie in der Umweltpolitik. So war klar, am beschlossenen Atomausstieg festzuhalten. Der Ausbau der erneuerbaren Energien war für die SPD ein zentrales Element ihrer Umweltpolitik. Nur der Naturschutz galt auch manchen Spitzen-Sozialdemokraten eher als »Verhinderungsthema« in der Peripherie der politischen Agenda.

Gemessen an diesen ungleichen Startpunkten hat sich in den letzten vier Jahren umweltpolitisch viel bewegt. Fast immer waren der BUND und andere Umweltverbände die treibende Kraft dieser Fortschritte: Angefangen hat es 2007 mit der Klimadebatte, die die Bundeskanzlerin auch und gerade international zum Thema machte. Die deutschen Klimagesetze zeigen, dass die Union in der Großen Koalition begann, eine punktuell ernst zu nehmende Umweltpolitik mitzugestalten. Natürlich wurde sie gedrängt von der öffentlichen Stimmung und einem sehr engagierten Bundesumweltminister – der Erfolg bleibt ihr trotzdem. Auch die Verabschiedung der EU-Klimagesetze und die echte Versteigerung der CO₂-Emissionsrechte für Kraftwerke – beides vom BUND lange gefordert – zeichnen die Klimapolitik der Koalition aus.

Ein weiterer Pluspunkt in der Ökobilanz der Großen Koalition war das Verbot des gentechnisch veränderten Mais »Mon810« in Deutschland durch die Landwirtschaftsministerin Aigner. Auch dies eine alte Forderung des BUND, die unsere Orts- und Kreisgruppen mit der Aktion »Gentechnikfreie Regionen« bis in die Wahlkreise der CDU/CSU-Abgeordneten trugen. Ein schöner Erfolg für die Umwelt, dass große umweltpolitische Debatten nun auch bei den konservativen Volksparteien ökologische Früchte tragen.

Im Naturschutz gab es ebenfalls Erfolge: Die Koalition hat die Sicherung des Nationalen Naturerbes konsequent verfolgt. Bundesweit 125 000 Hektar wertvollste Natur wurden für immer gesichert und einer privaten Nutzung entzogen. Ein historischer Akt, den die Umweltverbände über mehrere Jahre mit zäher Kleinarbeit vorbereitet hatten. Schließlich legte die Bundesregierung auf der Weltnaturschutzkonferenz in Bonn 2008 nach engagierter Vorbereitung des Umweltministers eine gute nationale Biodiversitätsstrategie vor und sagte als eines von wenigen Ländern 500 Mio. Euro für den internationalen Waldschutz zu. Damit sollte die Debatte um den vermeintlichen Wachstumshemmer Feldhamster endgültig beendet sein.

Wo hat die Koalition versagt?

Man kann die Bilanz der Großen Koalition natürlich auch ganz anders lesen. Gemessen am beginnenden Klimawandel, an den ständigen Störfällen in deutschen Atomkraftwerken, am immer weiter voranschreitenden Artenverlust, an chemiebelasteten Lebensmitteln, Kosmetika und Kleidern, an verbauten Flüssen und stetig neuen Straßen gibt es ein rotes »mangelhaft« in der Ökobilanz.

So zielen die deutschen Klimagesetze zu wenig auf das Gebot der Energieeffizienz. Die dringend nötigen CO₂-Grenzwerte für Pkw auf EU-Ebene wurden auf Druck der Koalition verwässert und verzögert. Die Umorientierung der EU-Agrarförderung hin zu einer umweltgerechten bäuerlichen Landwirtschaft wusste CSU-Minister Seehofer zu verhindern. Union wie SPD halten weiter am Neubau klimaschädlicher Kohlekraftwerke fest, obwohl diese den dringlichen Kurswechsel zu erneuerbarer Energie und Energieeffizienz massiv behindern. Mit ihrem Plan, ein effizientes und wirkungsvolles Umweltgesetzbuch vorzulegen, scheiterte die Koalition am Widerstand der CSU – obwohl dies in der Koalitionsvereinbarung so festgelegt war, das Umweltministerium hohen Einsatz zeigte und den Unternehmen einige Bürokratie erspart worden wäre. Auch der Umstand, dass – obwohl der Atomausstieg gesetzlich verankert und mit den Stromerzeugern vereinbart wurde – kein AKW vom Netz ging und die CDU/CSU weiter den Ausstieg aus dem Ausstieg will, gibt trotz der sehr positiven Haltung der SPD in dieser Frage dicke Minuspunkte in der Ökobilanz von Schwarz-Rot.

All diese Negativpunkte zeigen: Es bleibt noch viel zu tun. Bitte unterstützen Sie uns als BUND-Mitglieder weiter darin, eine konsequente Umwelt- und Naturschutzpolitik in allen Parteien durchzusetzen. Mein Fazit der letzten vier Jahre ist, dass sich dies – bei aller Kritik – für die Umwelt lohnt.